

## Mitteilungen Monatsversammlung April 2019 vom Präsident

### **Sektor 1 und syndicom allgemein**

Bei der Einladung zur Jahresversammlung (GAV) der Sektion wurde dem aktiven Personal Post in einer Beilage erwähnt, dass in diesem Jahr der Gesamtarbeitsvertrag neu verhandelt wird und event. Wünsche dem Präsidenten Michele Savastano mitgeteilt werden können. Überraschenderweise sind tatsächlich auch Mails eingetroffen. Vor allem von Personal welches am Schalter arbeitet. Themen waren u. a. Entschädigung bei Arbeit auf Abruf, Feriensperrungen etc. Aber auch die Digitalisierung und der damit verbundene Arbeitsplatzabbau wurde erwähnt.

BFK: Emil Tödtli hört Ende Jahr 2019 auf und es ist kein Nachfolger\*in in Sicht. Da das Interesse für diese Ausflüge beim aktiven Personal nicht sehr gross ist, wird die BFK wahrscheinlich aufgelöst. Die verschiedenen Pensionierten Gruppen machen auch weiterhin ihre Ausflüge und Veranstaltungen.

An der Jahresversammlung der Sektion waren als Gäste u. a. Matteo Antonini, Leiter Logistik und Mitglied der Geschäftsleitung der Gewerkschaft syndicom sowie Peter Spichtig, Regionenleiter Innerschweiz-Nordwestschweiz anwesend.

Matteo Antonini beschrieb vor allem die Wandlung von einer Gewerkschaft von Post- und Telefonangestellten zu einer Gewerkschaft an welcher auch andere Berufsgattungen vertreten sind. Bei dem Personalabbau bei Post und Swisscom wäre eine solche Gewerkschaft bald nicht mehr überlebensfähig. Mit einem kurzen Film zeigte er wie mit der Digitalisierung viele Arbeitsplätze verloren gehen.

Peter Spichtig, wies in seinem Referat auf die Bedeutung der Sektionen hin. Er möchte auch das Vertrauensleute-Netz wieder verstärken.

Der Kassier musste einen grösseren Verlust vermelden. Dieser ist vor allem dem Wertverlust bei den Aktien zu verdanken.

Vreni Peduzzi wurde neu in den Vorstand und danach gleich zur Co-Präsidentin gewählt.

Personen welche in Härkingen arbeiten aber in der Region wohnen sind Mitglied bei der Sektion Olten-Solothurn (Arbeitsort). Wenn sie nun pensioniert werden bleiben sie bei den Pensionierten dieser Sektion obwohl sie vielleicht lieber bei uns, also in der Nähe des Wohnortes mitmachen würden. Leider erfahren wir aber nichts von diesen Pensionierungen, weil in der Personalzeitung nur ihr Arbeitsort aber nicht ihr Wohnort angegeben wird.

„Keine Postkonto-Gebühren für Post-Angestellte!“ – so lautet die klare Forderung, welche fast 10'000 Kolleginnen und Kollegen unterschrieben haben. Das ist ein äusserst starkes Zeichen an die Führungsriege des Konzerns: Angestellte der Schweizerischen Post sollen grundsätzlich keine Kontogebühren bei PostFinance bezahlen. Gleiche Anstellungsbedingungen im gleichen Betrieb – Post-Angestellte sind solidarisch und goutieren diese ungleiche Behandlung nicht. syndicom hat diese Botschaft den Verantwortlichen von PostFinance überbracht. Gewinne auf dem Buckel der Angestellten einzufahren, das kommt beim Personal schlecht an. Jede/-r fünfte Post-Angestellte verlangt, dass die Geschäftsleitung der PostFinance AG diesen Entscheid rückgängig macht.

Die Sozialpartner PostAuto, syndicom und transfair konnten die Verhandlungen zur Petition «Keine Gratisarbeit bei PostAuto» erfolgreich abschliessen. Zu den Verhandlungen kam es einerseits aufgrund der im Sommer von der Gewerkschaft syndicom eingereichten Petition «Keine Gratisarbeit bei PostAuto». Die von 1300 Fahrerinnen und Fahrern unterzeichnete Petition verlangte eine Überprüfung und Korrektur der als zu kurz bemessenen Zuschläge für verschiedene sogenannte Ergänzungsleistungen wie Sicherheitscheck, Fahrzeugübergabe und andere Aufgaben. Andererseits weil sich PostAuto-FahrerInnen gemeinsam mit der Gewerkschaft syndicom gegen eine einseitige Arbeitszeitgesetz-Vereinbarung wehrten und eine nationale Lösung verlangten. Für das Fahrpersonal ist der Sicherheitscheck die wichtigste und am heftigsten kritisierte Ergänzungszeit, denn mit einem ungenügend ausgeführten Sicherheitscheck würde die Sorgfaltspflicht verletzt. In Zukunft werden dem Fahrpersonal 10 Minuten für den Sicherheitscheck vergütet. Darin inbegriffen ist auch der zeitliche Aufwand für nur gelegentlich anfallende kleine Wartungsarbeiten (z.B. Öl nachfüllen oder Birnen wechseln). Dieser Minutenwert garantiert, dass das Fahrpersonal seiner Pflicht nachkommen kann und die geleistete Arbeit vollumfänglich vergütet wird.

Die neu ausgehandelten Ergänzungszeiten werden per Fahrplanwechsel vom Dezember 2019 in die Dienstpläne eingearbeitet. Bis dann wird auch die generelle Überprüfung und Optimierung der Dienstpläne abgeschlossen. Damit das Fahrpersonal bereits für die laufende Fahrplanperiode in den Genuss der verbesserten Leistungen kommt, haben die Verhandlungspartner eine Einmalentschädigung vereinbart. Für das Fahrpersonal PostAuto («Regie») wird diese in Form von zusätzlichen Ruhetagen ausgerichtet. Dem Personal der PostAuto-Unternehmer mit Personalreglement wird ein Einmalbetrag ausbezahlt, der nach Möglichkeit ebenfalls in Freizeit umgewandelt werden kann.

### **Sektor 3 Sektor GIV**

Tamedia erzielte 2018 einen Gewinn (Ebitda) von 205,9 Mio. Fr und plant eine unveränderte Dividende von 4.50 Fr. pro Aktie auszuschütten. Unter Berücksichtigung der ausserordentlichen Faktoren liegt das Betriebsergebnis nur leicht unter dem Vorjahreswert. Die Barbezüge der Unternehmensleitung und des Verwaltungsrates verharren auf hohem Niveau und umfassen insgesamt 8,7 Mio. Fr. Ganz anders sieht es für die Mitarbeitenden des grössten und profitabelsten Medienhauses der Schweiz aus. In den diversen Konflikten in der Romandie und in der Deutschschweiz, zeigte sich Tamedia gegenüber den Mitarbeitenden kompromisslos und knausrig. Es setzte die Restrukturierungen ohne oder nur mit wenig Gehör für die Mitarbeitenden durch. Deshalb häufen sich die Arbeitskonflikte bei Tamedia.

2018 war das Jahr der Arbeitskonflikte bei Tamedia. In der Romandie streikten die Redaktionen, weil Tamedia die Tageszeitung «Le Matin» abrupt einstellte und den Mitarbeitenden nur einen ungenügenden Sozialplan in Aussicht stellte. Bis heute ist dieser Konflikt nicht gelöst - nun muss ein Schiedsgericht entscheiden. Bei den «Tamedia Editorial Services TES» und bei der «Annabelle» brauchte es interne Mobilisierungen und ein Einschreiten der Gewerkschaft, damit es zu Verhandlungen kam oder die Sozialpläne nachgebessert wurden. Alle diese Konflikte wurden durch das kompromisslose Verhalten der Unternehmensleitung ausgelöst. Dabei könnte der Wandel auch integrativ gestaltet werden. Das würde diesem Kommunikationsunternehmen gut anstehen.

## Politik allgemein

Jeden fünften Rentner bzw. Rentnerin zieht es nach der Pensionierung ins kostengünstige oder wärmere Ausland. Bevorzugte Länder sind Spanien, Portugal und Thailand. Aber auch Ungarn.

Eine Parlamentarische Initiative Weibel verlangt flexible BVG-Renten zu ermöglichen. Die Initiative verlangt, dass im überobligatorischen Teil der beruflichen Vorsorge die laufenden Renten je nach Finanzlage der Kasse angemessen gesenkt werden können. Mit 10 zu 8 Stimmen bei 4 Enthaltungen beantragt zwar die Kommission Ablehnung diese Initiative. Die Angriffe auf die Pension und AHV werden aber sicher weitergeführt.

Im Weiteren ist eine Eidgenössische Volksinitiative geplant welche eine Kürzung der bestehenden Renten in der zweiten Säule ermöglichen soll. Die Initianten bzw. Unterstützer dieser Initiative kommen vor allem aus SVP-Kreisen aber auch FDP-Mitglieder sind dabei.

Aufgrund der tiefen Zinsen hat sich die finanzielle Lage der Schweizer Altersvorsorge verschlechtert. Das gilt vor allem für die 2. Säule. Laut dem veröffentlichten Geschäftsbericht nahm die SNB im vergangenen Jahr 2 Mrd. Fr. mit den Negativzinsen ein. Der SGB verlangt dass diese Einnahmen an die Vorsorgewerke ausgeschüttet werden. Der Negativzins muss als Lenkungsabgabe aufgefasst werden und nicht als weitere Einnahmequelle der SNB bzw. von Bund und Kantonen. Zudem verlangt der SGB, dass das Konto des AHV-Fonds (Compenswiss) vollumfänglich von den Negativzinsen ausgenommen wird.

Bei der Konsultation zum Rahmenabkommen und zum Lohnschutz hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB nochmals dargelegt, dass die Flankierenden Massnahmen (FlaM) und der Lohnschutz nicht verhandelbar sind. Die Schweiz hat die höchsten Löhne in Europa. Deshalb müssen unsere Löhne auch konsequent und eigenständig geschützt werden können.

Um Dumping zu verhindern, haben die Gewerkschaften die FlaM durchgesetzt. In der Schweiz müssen Schweizer Löhne bezahlt werden. Die FlaM zeigen Wirkung: Dank der Kontrollen wird bei rund einem Viertel der Firmen Dumping aufgedeckt. Die Firmen werden gebüsst. Und sie werden unter Druck gesetzt, den Arbeitnehmenden die Löhne nachzuzahlen.

Mit dem Rahmenabkommen von Bundesrat Cassis ist das in Gefahr. Die Schweiz müsste die EU-Regeln beim Lohnschutz übernehmen und den EU-Gerichtshof als Schiedsinstanz akzeptieren. Der EU-Gerichtshof hat in der Vergangenheit zahlreiche Urteile gegen Flankierende Massnahmen in EU-Mitgliedstaaten gefällt. Er versteht sich als Motor des EU-Binnenmarktes und stellt den Marktzugang der Firmen über den Schutz der Löhne. Die Schweiz würde rasch unter Druck gesetzt werden, den Lohnschutz substanziell abzubauen – nicht nur bei der Kautions- und der Voranmeldung, sondern auch bei den Kontrollzahlen und den Bussen.

Auch die europäischen Gewerkschaften üben scharfe Kritik an der Haltung der EU-Behörden zum Lohnschutz.

Avenir Suisse veröffentlichte eine Studie «Postalische Grundversorgung im digitalen Zeitalter». Es ist eine Kampfansage an einen starken Service public. Wie zu erwarten, verfolgt die liberale Denkanstalt nur das eine Ziel: die Privatisierung der

postalischen Grundversorgung in der Schweiz. Die Filetstücke des Konzerns (bspw. PostFinance), welche regelmässige Gewinne garantieren, sollen verhökert werden. Gewinne werden privatisiert, der Steuerzahler darf höchstens noch das Verlustgeschäft tragen. Die selbsternannten Denker antizipieren falsch, sagt David Roth, Zentralsekretär im Sektor Logistik: «Kommunikationswege, Finanzinfrastruktur und Logistiknetze sind zentral für das Funktionieren einer Wirtschaft und für eine selbstbestimmte Bevölkerung. Wer es aus seinen Händen gibt, überlässt es internationalen profitorientierten Unternehmen und begibt sich in eine unerwünschte Abhängigkeit. Genau deshalb spricht man vom Service public als Gemeinwohl, der ein Rückgrat der Schweiz bildet.»

Die Vorschläge von Avenir Suisse bergen weitreichende Gefahren für Tausende Arbeitnehmende der Schweizerischen Post und für die Allgemeinheit. Ideologisch motivierte Privatisierung und Liberalisierung gehen zu Lasten der Gesellschaft, indem die Qualität einer Dienstleistung abnimmt. Folglich sinkt auch deren allgemeine Lebensqualität. Eine Zerstückelung der Post würde sich auch auf die Arbeitsbedingungen auswirken. Die Konzernbereiche würden isolierte Strategien verfolgen und versuchen, auf Kosten der anderen Gewinne zu erwirtschaften, ohne eine gemeinsame Gesamtstrategie zu verfolgen. Es gilt, dies in jedem Fall zu verhindern.

Hans Preisig